

Zeitgeschichte Märchenonkel im Kanzleramt

Helmut Kohl hat in seiner Zeit als Kanzler (1982 bis 1998) im Ausland ein merkwürdiges Bild von der Bundesrepublik verbreitet. Argentinien's Präsident Raul Alfonsín erzählte er, die Bundesrepublik sei von Spionen durchsetzt („circa 20 000 Agenten auf allen Ebenen“). Der britischen Premierministerin Margaret Thatcher vertraute er an, die 2,3 Millionen westdeutschen Erwerbslosen suchten gar nicht alle Arbeit („Es wird hier viel Missbrauch getrieben“). Und US-Präsident Ronald Reagan berichtete er, es gebe hier Linke, die sich antiamerikanisch äußerten und gleichzeitig „über eine Ranch in Kalifornien“ verfügten. Die Zitate stammen aus Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes



Thatcher, Kohl 1982

von 1985, die der De Gruyter Verlag nun veröffentlicht (siehe auch Seite 48). Danach verbreitete Kohl auch über Redakteure des SPIEGEL, sie seien Großgrundbesitzer. Vor Vertretern der jüdischen Organisation B'nai B'rith lästerte er, die Hamburger Journalisten seien „gegen die Amerikaner, aber haben vorsichtshalber eine Ranch in Arizo-

na“. Kohl warnte ausdrücklich vor dem Blatt: Dieses sei „absolut destruktiv“, geprägt von „brutalem Nihilismus“ und vertrete „eine Pseudophilosophie des Kulturpessimismus und der Hoffnungslosigkeit“. Aus Sicht Kohls gab es in der westdeutschen Gesellschaft nur vier „intakte Säulen“: Bauern, Beamte, Facharbeiter, Mittelständler. klw

Abschiebungen Strenge Vorgaben

Die Pläne der Großen Koalition, künftig auch Flüchtlinge, die zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr verurteilt wurden, abschieben zu können, sind möglicherweise völkerrechtswidrig. Dies geht nach Angaben der Linken-Bundestagsfraktion aus einem internen Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags her-

vor. Ein „beliebiges Absenden des Strafmaßes“, das Ausweisungen rechtfertigt, ließe sich mit der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) „nicht vereinbaren“, heißt es in dem Gutachten. Die Wahl der GFK spreche eher dafür, dass „bloße Bewährungsstrafen“ nicht ausreichten. Die GFK verbietet es den Vertragsstaaten, Flüchtlinge in Länder zurückzuschicken, in denen ihr Leben oder ihre Freiheit bedroht ist.

Die Vorgaben der Europäischen Menschenrechtskonvention zur Zulässigkeit einer Abschiebung von Flüchtlingen seien sogar noch strenger und gingen über den Schutz der GFK hinaus, so die Wissenschaftlichen Dienste. Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linken-Bundestagsfraktion, kritisiert den Gesetzesentwurf des Bundesinnenministeriums als „Täuschung der Öffentlichkeit“. pop

AfD Partei ohne Stiftung

Die Partei Alternative für Deutschland (AfD) verfügt bis heute über keine Partienstiftung. Das räumte der designierte Stiftungsvorsitzende Konrad Adam auf SPIEGEL-Anfrage ein. Er bestätigte, dass die Eintragung eines entsprechenden Stiftungsvereins mit dem Namen „Desiderius-Erasmus-Stiftung“ vom zuständigen Amtsgericht Berlin-Charlottenburg im Dezember abge-

lehnt wurde. Laut Justizunterlagen störte sich das Gericht vor allem an der Bezeichnung „Stiftung“: Nach Auffassung des Gerichts darf sich ein Verein „nicht als ‚Stiftung‘ bezeichnen, wenn er nicht Verwalter eines gestifteten Vermögens ist“, sondern allein das Ziel hat, „Zuwendungen, freiwillige Beiträge und Spenden“ zu erhalten. Bereits im März 2015 hatte die AfD öffentlich die Gründung ihrer „parteinahen Stiftung“ verkündet. Seither, so Adam, führe der Stiftungsverein jedoch „ein

Scheinleben“. Gleichzeitig steht die „Politische Akademie der AfD“ offenbar vor dem Aus: Der parteinahe Verein, der AfD-Funktionäre unter anderem in Kassenführung, Budgetplanung und Pressearbeit schulen sollte, habe sich aufgelöst, sagte dessen frühere Vorsitzende Verena Brüdigam. Aus der Partei sei sie inzwischen ausgetreten. Was mit dem Vereinsvermögen geschieht, ist unklar – laut Satzung sollte es im Fall einer Auflösung eigentlich „an die parteinahe Stiftung der AfD“ fallen. aho, srö

Umwelt Grüne fordern Mehrwegbecher

Die Bundestagsfraktion der Grünen möchte ein Pfandsystem für Mehrwegbecher einführen. „Jedes Jahr werden in Deutschland 2,8 Milliarden Coffee-to-go-Becher verbraucht – das ist ein riesiger Verpackungsmüllberg und eine große Ressourcenverschwendung“, sagte der umweltpolitische Sprecher der Partei, Peter Meiwald. Sollten die Firmen ein Mehrwegsystem nicht freiwillig einführen, müsse über eine Umweltabgabe nachgedacht werden, so Meiwald. bs

Datenschutz Kaum Spielraum

Die Gegner der Vorratsdatenspeicherung bekommen Schützenhilfe – von Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD). Wenige Monate bevor sich dieser von seinem Parteichef Sigmar Gabriel im vergangenen Jahr zu einer Neuauflage des umstrittenen Gesetzes drängen ließ, hatte Maas einem internen Vermerk zufolge für eine weitreichende Regelung kaum juristischen Spielraum gesehen. Es sei wegen eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs „sehr zweifelhaft“, dass eine „generelle, anlasslose“ Datenspeicherung noch möglich sei, so Maas damals. Das würden „gewichtige Stimmen“ sowie „der weitaus überwiegende Teil der juristischen Literatur“ ebenso sehen. Das Ende 2015 in Kraft getretene Gesetz der Großen Koalition sieht nun jedoch genau dies vor: Die Telekommunikationsdaten aller Bürger sollen ohne Anlass für bis zu zehn Wochen gespeichert werden. Zuletzt ist im Namen der FDP die bereits vierte Verfassungsbeschwerde gegen die Vorratsdatenspeicherung in Karlsruhe eingegangen. Die Liberalen argumentieren ähnlich wie Maas, als er noch zu den Skeptikern gehörte. wow